

Sachsen-Anhalt: Gemeinsam mehr erreichen

Genossenschaftliche Positionen
zur Landtagswahl 2026

Juni 2026

LANDTAGSWAHL 2026

1. **Genossenschaften in Sachsen-Anhalt**
2. **Genossenschaftliche Forderungen zur Landtagswahl**
3. **Forderungen der Volks- und Raiffeisenbanken**
4. **Forderungen der Agrargenossenschaften**
5. **Energiepolitische Forderungen**

1. Genossenschaften in Sachsen-Anhalt

Genossenschaften stärken Sachsen-Anhalt – regional, verlässlich, zukunftsgerichtet

Genossenschaften sind ein starker Motor regionaler Entwicklung. Sie verbinden wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit sozialer Verantwortung, stärken Unternehmen wie Menschen vor Ort und sichern Wertschöpfung in der Fläche. Gerade in herausfordernden Zeiten geben sie Regionen Stabilität und Zukunftsperspektive.

Sachsen-Anhalt ist Genossenschaftsland: Agrargenossenschaften prägen den ländlichen Raum als Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung. Genossenschaftlicher Agrarhandel, Milcherfassung, Obstbaugenossenschaften und die Winzervereinigung Freyburg eG tragen die starke Agrar- und Ernährungswirtschaft des Landes. Raiffeisen-Warengenossenschaften versorgen Handwerk, kleine und mittlere Unternehmen sowie private Haushalte mit Baustoffen, Gartenbedarf und Waren des täglichen Bedarfs; zugleich sind sie wichtige Brennstoffhändler und Tankstellenbetreiber im ländlichen Raum. Gemeinsam mit den Konsumgenossenschaften sind sie zentrale Anker der Nahversorgung. Volksbanken und Raiffeisenbanken wiederum sind verlässliche Finanzpartner für Mittelstand und Menschen in den Regionen.

Genossenschaften sind regional verwurzelte Unternehmen, getragen von den Menschen und Unternehmern vor Ort. Sie sichern Arbeits- und Ausbildungsplätze, stabilisieren Lieferketten und halten Versorgung auch dort aufrecht, wo sich rein privatwirtschaftliche Angebote längst zurückgezogen haben. Deshalb müssen genossenschaftliche Handels- und Versorgungsunternehmen in der Wirtschafts-, Mittelstands- und Strukturpolitik des Landes ausdrücklich berücksichtigt und bei Investitionen in Lager, Logistik, Digitalisierung, Energieeffizienz und Standortentwicklung gezielt unterstützt werden.

Sachsen-Anhalt braucht genossenschaftliche Kooperation heute mehr denn je: für einen starken Mittelstand, nachhaltiges Wachstum, gelingende Unternehmensnachfolgen, verlässliche Daseinsvorsorge und Investitionen, die dauerhaft im Land wirken.

Zukunft gestalten heißt auch, das Engagement und die Initiative von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen ernst zu nehmen und zu unterstützen. Genossenschaften setzen genau hier an: Sie bündeln lokale Kräfte, schaffen Beteiligung und übernehmen Verantwortung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Bürgerenergie- und Infrastrukturgenossenschaften zeigen beispielhaft, wie Regionen durch gemeinsames Engagement aktiv und demokratisch gestaltet werden können.

Damit dieses Potenzial Wirkung entfalten kann, braucht es eine Politik, die Vertrauen schafft, den kooperativen Mittelstand stärkt, Unternehmen spürbar entlastet und endlich für mehr Planungssicherheit sorgt. Starke Genossenschaften stärken das ganze Land – ökonomisch, sozial und strukturell.

2. Genossenschaftliche Forderungen zur Landtagswahl

Kooperativen Mittelstand stärken

Genossenschaften stehen für Kooperation, Eigenverantwortung und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Kleine und mittlere Unternehmen können Wettbewerb, Transformation und Regulierung nicht allein schultern. Kooperation ist deshalb der Schlüssel, um aktuelle und kommende Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen. Sachsen-Anhalt muss die Genossenschaftsidee stärker im Kern seiner Wirtschaftspolitik verankern und Gründung wie Weiterentwicklung von Genossenschaften gezielt fördern.

Ein wichtiger Baustein dabei ist die Förderung von Schülergenossenschaften. Denn sie ermöglichen jungen Menschen, wirtschaftliche Zusammenhänge und genossenschaftliche Strukturen praxisnah zu erleben.

Unternehmen spürbar entlasten – Bürokratieabbau zu klaren Ergebnissen führen

Ein konsequenter Bürokratieabbau ist Voraussetzung dafür, die mittelständische Wirtschaft und Genossenschaften nachhaltig zu stärken. Verwaltungsverfahren müssen digital, einheitlich und praxisnah werden, damit Betriebe ihre Kraft in Wertschöpfung statt in Formulare investieren können. Genehmigungsprozesse sind durch verbindliche Bearbeitungsfristen zu beschleunigen, Doppelmeldungen zwischen Behörden konsequent abzuschaffen.

Planungssicherheit erhöhen – Verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen

Planungssicherheit ist die Grundvoraussetzung für mutige und nachhaltige Investitionen. Dafür braucht es langfristige rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen, die nicht durch kurzfristige Änderungen oder komplexe Übergangsregelungen unterlaufen werden. Förderprogramme müssen frühzeitig angekündigt und verlässlich ausgestattet sein, damit Betriebe Investitionen in digitale und klimafreundliche Transformation sicher kalkulieren können. Nur ein verlässlicher ordnungspolitischer Rahmen ermöglicht es Genossenschaften und mittelständischen Unternehmen, ihre Beiträge zu Wertschöpfung, Versorgung und regionaler Stabilität voll zu entfalten.

Impulse für ein starkes Sachsen-Anhalt

Die kommenden Jahre entscheiden darüber, ob Sachsen-Anhalt wirtschaftlich gestärkt aus globalen Umbrüchen hervorgeht und zugleich Lebensqualität, Fortschritt und regionaler Zusammenhalt bewahrt werden.

Konkrete Forderungen aus Sicht der regionalen Kreditwirtschaft sowie der Agrargenossenschaften und der Energiegenossenschaften sind auf den folgenden Seiten zu finden.

3. Forderungen der Volks- und Raiffeisenbanken

Wer die wirtschaftliche Transformation in Sachsen-Anhalt sichern will, braucht eine starke regionale Kreditwirtschaft mit Genossenschaftsbanken und Sparkassen vor Ort. Volksbanken und Raiffeisenbanken sind zentrale Finanzpartner für Menschen, Unternehmen und Kommunen – und sie tragen auch in herausfordernden Zeiten Verantwortung für eine stabile Realwirtschaft. Sie unterstützen die mittelständisch geprägte Wirtschaft, ermöglichen Investitionen und fördern Innovationen in den Regionen. Zugleich sind sie Banken für die Menschen sowie verlässliche Arbeitgeber und Ausbilder in den Regionen.

Damit Kreditgenossenschaften diese Rolle weiterhin verlässlich erfüllen können, benötigen sie moderne, praxistaugliche und regulatorisch angemessene Rahmenbedingungen. Dazu gehört vor allem eine stärkere Proportionalität bei administrativen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen, damit kleinere Institute nicht unverhältnismäßig belastet werden.

Die klare Unterstützung der Landesregierung für regionale Kreditinstitute bleibt deshalb zentral – für wirtschaftliche Stärke, regionale Entwicklung und eine gelingende Transformation.

Kreditgenossenschaften in Sachsen-Anhalt fordern entschlossenes Handeln:

1. Dreigliedriges Bankensystem sichern

Genossenschaftsbanken - gemeinsam mit den Sparkassen - sichern die Stabilität des deutschen Bankensystems, gewährleisten regionale Stabilität und eine verlässliche Finanzierung des Mittelstands. Sachsen-Anhalt sollte sich gemeinsam mit dem Bund klar für den Erhalt dieses Systems einsetzen.

2. Regulierung proportional gestalten

Aufsichtsanforderungen müssen zur Größe und zum Risikoprofil von Instituten passen. Sachsen-Anhalt sollte sich in Berlin und Brüssel für echte Proportionalität stark machen.

3. Digitalen Euro praxisnah gestalten

Ein richtig umgesetzter digitaler Euro kann Europas Zahlungsverkehr modernisieren und die finanzielle Souveränität stärken. Voraussetzung ist die Einbindung der Kreditwirtschaft und klare politische Leitplanken.

4. AGB-Änderungen vereinfachen

Bei den gesetzlichen Vorgaben für Änderungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen braucht es eine praktikable, rechtssichere Lösung des Bundes. Sachsen-Anhalt sollte diesen Prozess aktiv unterstützen.

4. Forderungen der Agrargenossenschaften

Agrargenossenschaften sind in Sachsen-Anhalt tragende Säulen der Landwirtschaft, des ländlichen Raums und der regionalen Wertschöpfung. Als Mehrfamilienbetriebe verbinden sie unternehmerische Stärke mit regionaler Verantwortung, schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze und sichern Versorgung, Innovation und Zusammenhalt auf dem Land. Von der künftigen Landesregierung erwarten wir verlässliche, praxisnahe und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen, die alle Betriebsformen fair behandeln und die Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt stärken.

Unser Appell an die künftige Landesregierung

Sachsen-Anhalt braucht eine Agrarpolitik, die wirtschaftliche Stärke, Nachhaltigkeit und regionale Verantwortung zusammenführt. Agrargenossenschaften leisten dazu einen unverzichtbaren Beitrag. Deshalb erwarten wir eine Politik, die Vertrauen schafft, die Vielfalt der Betriebsformen anerkennt und die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft als Grundlage lebendiger ländlicher Räume sichert.

1. Verlässliche Rahmenbedingungen und faire Förderung

Im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) erwarten wir von der künftigen Landesregierung, dass sie sich gegenüber Bund und EU entschieden für praxistaugliche, verlässliche und faire Rahmenbedingungen einsetzt. Dazu gehören ein starkes Agrarbudget, der Verzicht auf Kappung und Degression sowie Förderinstrumente, die alle Betriebsformen diskriminierungsfrei und praktikabel berücksichtigen. Agrargenossenschaften dürfen als kooperative Mehrfamilienbetriebe im Rahmen der GAP nicht strukturell benachteiligt werden. Dabei müssen auch Junglandwirte in Agrargenossenschaften als Mitglieder angemessen berücksichtigt werden. Fördermaßnahmen sind so auszugestalten, dass sie stets auch das einzelne Mitglied in den Blick nehmen.

2. Bürokratie abbauen, Verwaltung vereinfachen

Landwirtschaft braucht mehr unternehmerische Freiheit und weniger Verwaltungsaufwand. Förderverfahren, Nachweis- und Dokumentationspflichten sowie Genehmigungsprozesse müssen deutlich vereinfacht, digitalisiert und beschleunigt werden. Ermessensspielräume sind konsequent im Sinne praxistauglicher Lösungen zu nutzen.

3. Eigentum schützen, Bodenmarkt mit Augenmaß gestalten

Regulierung auf dem Bodenmarkt darf gewachsene, regional verankerte Betriebsstrukturen nicht schwächen. Staatliche Eingriffe müssen verhältnismäßig bleiben und dürfen Investitionen sowie Entwicklungsperspektiven landwirtschaftlicher Unternehmen nicht behindern. Eigentumsschutz, Rechtssicherheit und regionale Wertschöpfung sind Leitprinzipien einer verantwortungsvollen Agrarstrukturpolitik.

4. Investitionen, Tierhaltung und Wertschöpfung ermöglichen

Wer Zukunft in der Landwirtschaft will, muss Investitionen ermöglichen. Sachsen-Anhalt braucht verlässliche Genehmigungs- und Förderbedingungen für Stallbau, Tierhaltung, Lagerkapazitäten, Verarbeitung, erneuerbare Energien und neue Technologien. Investitionshemmnisse müssen abgebaut und betriebliche Entwicklung aktiv unterstützt werden.

5. Ländliche Räume, Infrastruktur und Fachkräfte stärken

Eine starke Landwirtschaft braucht starke ländliche Räume. Deshalb müssen Breitband, Verkehrsinfrastruktur, berufliche Bildung und Fachkräftesicherung entschlossen ausgebaut werden. Agrargenossenschaften sind bedeutende Arbeitgeber und Ausbilder – diese Leistung muss politisch anerkannt und gezielt unterstützt werden.

6. Generationswechsel ermöglichen, Junglandwirte gleichbehandeln

Agrargenossenschaften bieten große Chancen für den Generationswechsel in der Landwirtschaft. Sie erleichtern jungen Landwirtinnen und Landwirten den Einstieg als Mitunternehmer, ermöglichen frühe Verantwortung im Betrieb und fördern eine schrittweise unternehmerische Entwicklung. Dieses Potenzial muss agrarpolitisch stärker anerkannt und gezielt gefördert werden. Junglandwirte in Agrargenossenschaften müssen bei Förderprogrammen und Unterstützungsangeboten anderen Betriebsformen gleichgestellt werden.

7. Natur-, Klima- und Ressourcenschutz kooperativ gestalten

Nachhaltigkeit gelingt nur mit den Betrieben, nicht gegen sie. Naturschutz, Klimaanpassung, Wassermanagement und Biodiversität müssen mit praktikablen Instrumenten, Anreizen und regional passenden Lösungen umgesetzt werden. Landwirtschaftliche Nutzung und ökologische Ziele sind in Einklang zu bringen, statt sie gegeneinander auszuspielen.

5. Energiepolitische Forderungen

Die nächste Landesregierung in Sachsen-Anhalt muss sicherstellen, dass die Wertschöpfung aus der Energiewende stärker vor Ort bleibt und Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger wirksam beteiligt werden. Genossenschaften sind dabei verlässliche Partner der Kommunen: Sie ermöglichen gemeinsam mit den Menschen vor Ort Investitionen in erneuerbare Energien, stärken die regionale Wertschöpfung und verankern die Energiewende dauerhaft in den Regionen.

Wir fordern, den Ausbau erneuerbarer Energien politisch klar zu priorisieren und deutlich zu beschleunigen. Akzeptanz ist eine zentrale Voraussetzung für den Ausbau. Die bisherigen Regelungen zur Bürgerenergie bleiben hinter ihrem Anspruch zurück; unklare oder abgeschwächte Zielvorgaben gefährden die Investitionssicherheit für Energiegenossenschaften.

Energiegenossenschaften fordern entschlossenes Handeln:

1. Bürgerenergiegesetz wirksam ausgestalten

Die aktuellen Entwicklungen beim Bürgerenergiegesetz zeigen deutlichen Nachsteuerungsbedarf. Insbesondere bei der verbindlichen finanziellen Beteiligung der Menschen vor Ort und der Kommunen bestehen weiterhin erhebliche Defizite. Geplante Änderungen drohen zusätzliche bürokratische Hürden zu schaffen und erschweren damit gerade kleineren, genossenschaftlich getragenen Projekten die Umsetzung. Damit die Energiewende vor Ort gelingt, müssen die Rahmenbedingungen gezielt verbessert werden: durch verlässliche Beteiligungsmodelle, praxistaugliche Regelungen und deutlich einfachere Verfahren. Nur so lassen sich Bürgerenergie stärken, Akzeptanz sichern und lokale Beteiligung ausbauen.

2. Windflächenziele verbindlich umsetzen

Der Ausbau der Windenergie ist zentral für das Erreichen der Ausbau- und Klimaziele. Sachsen-Anhalt verfügt bereits über eine starke Ausgangsbasis, bleibt jedoch aktuell hinter den notwendigen Flächenzielen zurück. Es ist erforderlich, die vorgesehenen Flächenanteile konsequent und zügig bereitzustellen sowie bestehende Standorte stärker für Repowering zu nutzen. Gleichzeitig zeigt sich: Windenergie kann erhebliche Wertschöpfung in den Regionen schaffen, wenn Kommunen und Bürgerinnen und Bürger systematisch beteiligt werden. Entscheidend sind daher klare Flächenziele, beschleunigte Verfahren und eine verbindliche Verknüpfung mit Beteiligungsmodellen, um den Ausbau effizient und akzeptanzstark voranzubringen.

3. Solarausbau und dezentrale Modelle stärken

Der Ausbau von Photovoltaik auf Dächern, Konversions- und versiegelten Flächen sollte weiter beschleunigt werden. Gleichzeitig gilt es, Energy Sharing, Mieterstrom und gemeinschaftliche Modelle zu stärken, damit Bürgerinnen und Bürger direkt von der Energiewende profitieren können. Akzeptanz ist dabei eine zentrale Voraussetzung: Finanzielle Beteiligung, regionale Wertschöpfung und transparente Verfahren müssen verbindlich sichergestellt werden. Bürgerenergie sollte als strukturelles Element fest verankert werden.

4. Genossenschaften gezielt fördern

Genossenschaftliche Projekte benötigen bessere Rahmenbedingungen und gezielte Förderprogramme. Insbesondere kapitalintensive Vorhaben wie Wärmenetze, Quartierslösungen und Mieterstrommodelle sind ohne verlässliche Unterstützung schwer umsetzbar und sollten stärker in den Fokus der Landespolitik rücken.

5. Verfahren beschleunigen und Marktzugang sichern

Die Beschleunigung von Genehmigungs- und Planungsverfahren ist entscheidend für den Ausbau. Gleichzeitig müssen bürokratische Hürden reduziert und faire Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden, damit Bürgerenergiegesellschaften tatsächlich am Markt teilnehmen können.

Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen

Daniel Illerhaus
Abteilungsleiter Kommunikation, Marketing, Politik
T 0172-5252835
daniel.illerhaus@genoverband.de